



Europäisches Parlament

WIR IN
EUROPA
@Freitagsmail



Bayern

SPD

NEUES AUS DEM EU-PARLAMENT

VON KERSTIN WESTPHAL

KW 39

Kritik am Anker-Zentrum Schweinfurt

Unterwegs in Franken mit Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt



Beim Informationsbesuch im Anker-Zentrum in Schweinfurt konnte ich mir gemeinsam mit Michael Roth einen Einblick in die Neuerungen verschaffen, die Horst Seehofer als zuständiger Innenminister angekündigt hatte. Unser ernüchterndes Fazit: Das Konzept der Anker-Zentren droht eine Nullnummer zu werden. Viele Probleme, die es in Schweinfurt gab, als die Einrichtung noch Erstaufnahmeeinrichtung hieß, sind weiterhin nicht gelöst. Schnellere Entscheidungen zum Status der Geflüchteten? Fehlanzeige!

In seiner jetzigen Form, so Michael Roth, könne er das Modell anderen Bundesländern nicht zur Nachahmung empfehlen. Innenminister Horst Seehofer (CSU) muss nachbessern! Diakonie, Rotes

Kreuz und die vielen ehrenamtlichen Helfer machen hier einen prima Job, die Bewohner werden hier ausreichend versorgt, ein Ort für einen längeren Aufenthalt ist das aber trotzdem nicht. Derzeit leben rund 780 Menschen in den ehemaligen Ledward-Kasernen. Die Einrichtung ist für 1500 Flüchtlinge ausgelegt.

Unser geplanter Besuch wurde zuerst von der Regierung von Unterfranken abgelehnt. Erst nachdem ich mich an das bayerische Innenministerium gewandt hatte, wurde uns der Besuch unter Auflagen genehmigt. Mit Hinweis auf den Landtagswahlkampf durften keine LandtagskandidatInnen mit ins Anker-Zentrum, Pressevertreter waren auch nicht erwünscht. Ich frage mich, warum da nicht mehr Transparenz herrscht, was haben die da zu verbergen?

[Hier zum Artikel der Main-Post...](#)

[Zur Fotostrecke...](#)

[Zu meiner Pressemeldung...](#)

EU-Gelder in Höhe von 270 Milliarden Euro werden nicht abgerufen

Bilanz des Europäischen Rechnungshofes in Luxemburg: Rekordstand



Die italienische Regierung aus Rechtsnationalen und Linkspopulisten fordert ständig mehr Geld von der EU, weil sie sich von der Union insbesondere in der Flüchtlingsfrage allein gelassen fühlen. Dabei ruft vor allem Italien zugesagte Fördermittel der EU nicht ab, das zeigt ein Bericht des Europäischen Rechnungshofes. Über meine Einschätzung haben auch die Nürnberger Nachrichten, die Augsburgs Allgemeine und die Main-Post berichtet.

Meine Empfehlung an einige Regierungen in Europa: Statt Energie darauf zu verwenden, die EU schlecht zu reden, kümmert Euch doch lieber darum, das EU-Geld tatsächlich abzurufen und vor Ort Jobs zu schaffen, Innovation zu fördern oder den Klimawandel zu bekämpfen!

[Hier zum Artikel ...](#)

Beschlagnahmte Rettungsschiffe freigeben, Lösung schaffen

Europaabgeordneter Köster trifft maltesische Regierung



Immer mehr Menschen kostet die Fahrt über das Mittelmeer das Leben, nicht zuletzt, weil drei private Seenotrettungsschiffe und ein Aufklärungsflugzeug seit Wochen auf Malta festgesetzt werden. Um die Lage vor Ort zu eruieren, reist mein Fraktionskollege Dietmar Köster auf die Mittelmeerinsel. Dort wird er auch Gespräche mit der maltesischen Regierung führen. „Die Lage im Mittelmeer ist unerträglich“, so der Dietmar Köster vorab. „Geflüchtete ertrinken und die Europäische Union kann sich nicht auf Lösungen einigen - außer eine korrupte sogenannte Libysche Küstenwache zu finanzieren, die Flüchtlinge gegen internationales Recht zurück in die Folterlager nach Libyen bringt. Wir brauchen endlich eine europäische Lösung! [Hier zum Artikel...](#)

Bescheuert: Selbstbeteiligung an Diesel-Nachrüstung

CSU-Konzept klingt nach Verbraucherbestrafung - Verbraucherschutz geht anders!



Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen am Ende nicht für die Betrügereien von anderen zahlen. Es kann nicht sein, dass die Herstellerinnen und Hersteller ihre Kosten mit dem Gusto des konservativen Verkehrsministeriums auf sie abwälzen. Da stimme ich Ismail Ertug, unserem verkehrspolitischen Sprecher und Mitglied im damaligen Untersuchungsausschuss zum Abgasskandal, voll zu. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) hat am vergangenen Dienstag, eingeräumt, dass sein Konzept zur Hardware-Nachrüstung von Dieselfahrzeugen eine Selbstbeteiligung der Fahrzeugbesitzerinnen und -besitzer von 20 Prozent beinhaltet - was bei Nachrüstkosten von etwa 3000 Euro gut 600 Euro entsprechen würde. So wird das Verursacherprinzip auf groteske Art und Weise umgedreht. Die CSU lässt die Verbraucherinnen und Verbraucher

im Regen stehen! Verbraucherschutz sieht anders aus!

[Hier zum Artikel...](#)

Termine mit Kerstin Westphal - in Franken unterwegs!

28.09. - Bürgerspaziergang auf dem Weg der Menschenrechte, Viereth, Rathaus, 14 Uhr

29.09. - Eröffnung der UFRA, Schweinfurt, Volksfestplatz, 10 Uhr

05.10. - Einweihung der Siemens Healthineers Zentrale, Erlangen, 10 Uhr

06.10. - Infostand der AsF Schweinfurt, Marktplatz, 11 Uhr

Bitte vormerken:

Martin Schulz unterstützt die fränkischen Landtagskandidaten Georg Rosenthal und Volkmar Halbleib: Am 2. Oktober, 16 Uhr, Veitshöchheim/Gadheim, 18 Uhr Posthalle Würzburg.

Für Details hier klicken!

Weitere SPD Meldungen aus dem EU-Parlament:

www.spd-europa.de



Bayern

SPD



Europabüro Würzburg: Kerstin Westphal, Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg

E-Mail: kerstin.westphal@ep.europa.eu - Telefon: +49 931 4525 3128, Fax +49 931 45253129

www.kerstin-westphal.de - www.facebook.com/kerstin.westphal - <https://twitter.com/WestphalKerstin>

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, mailen Sie an: presse@kerstin-westphal.de